

# STADT-ZEITUNG 03 2023

Info der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft des Stadtverbandes Düsseldorf



**JETZT  
ERST  
RECHT!**





Alle Fotos ohne Namensnennung:  
© Stadtverband GEW-Düsseldorf

Der Bezugspreis  
ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

**Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung  
des Herausgebers bzw. der Redaktion wieder.**

#### **Herausgeber**

GEW-Stadtverband Düsseldorf  
Friedrich-Ebert-Straße 34-38  
40210 Düsseldorf  
Telefon: (0211) 36 39 02  
Fax: (0211) 600 91 47  
geschaeftsstelle@gew-duesseldorf.de  
www.gew-duesseldorf.de  
fb: GEWduesseldorf

#### **Geschäftsführerin**

Anja Mühlenberg  
Geschäftszeiten:  
Mo/Mi 9-13  
Di 13:30-17:30  
Do 13:30-16:30

#### **Redaktion**

Dr. Sylvia Burkert  
Telefon: (0211) 9 95 98 59  
Mobil: 0172 4031950  
eMail: dr.burkert@gew-duesseldorf.de

#### **Satz/Layout**

kuttner, Beschriftung, Produktion, Design  
Sven Kuttner  
Sultbertusstraße 95  
40223 Düsseldorf  
Telefon: (0211) 15 93 98 21  
eMail: info@beschriftungen-kuttner.de  
www.beschriftungen-kuttner.de

#### **Druck**

TIAMAT druck GmbH  
Luisenstrasse 69  
40215 Düsseldorf

## **SCHULSTART**

---

- 6** Letzter Törn- Kein großer Wurf fürs „Schulschiff Deutschland“.  
Von Bärbel Bösche
- 8** Gruselig- Pressemitteilungen zum Schuljahresstart.
- 13** Wenn der Kopf voll ist...- Aus dem Lehrer-Alltag vor Ort.  
Von Andreas Dietrich

## **GEW AKTIV**

---

- 14** Neues aus Neuss- der Stadt der Gold-Nuss- Schokolade!  
Von Holger Thrien

## **SCHULPOLITIK**

---

- 17** Der Zweite Bildungsweg muss gestärkt werden.  
Von Harald Pietsch, Regine Köhler, und Ulrike Rubröder

## **SCHULPROJEKTE**

---

- 19** Klimaschutz im Klassenzimmer.  
Von Anja Kreitmeyer
- 21** #Stolen Memory- Lernen ganz anders!  
Von Ulrike Hund

## **DEMOKRATIE**

---

- 22** Demokratie ungleich AfD.
- 23** Der migrantische Kampf um Anerkennung und demokratische Teilhabe.  
Von Nihat Öztürk

## **IN EIGENER SACHE**

---

- 30** Folgendes Material kann in der Geschäftsstelle abgeholt/bestellt werden.

## **ADRESSEN**

---

- 31** Personalrätinnen und Personalräte



# BILDUNGSWENDE JETZT!

**Im neuen Schuljahr müssen wir für eine Bildungswende sorgen: Beim Redaktionsschluss liefen die Vorbereitungen zum bundesweiten Bildungsprotesttag am 23.09.2023**

Auch das neue Schuljahr an den Düsseldorfer Schulen ist von Mangel geprägt: Lehrkräftemangel - zu wenig Ressourcen, zu wenige Räume und zu wenig Geld. Eine explosive Mischung von Personalmangel und Raumangel zeigt sich vor allen Dingen an den **Förderschulen**: bei einer deutlich unter 90prozentigen Stellenbesetzung sind alle Bemühungen der Beschäftigten um die notwendige Differenzierung und Förderung der Schüler\*innen eine Mehrbelastung, die vor Ort kaum mehr gestemmt werden kann! So wird auch die Inklusion an die Wand gefahren.

*„Die schulische Inklusion ist ins Stocken geraten, in einigen Bundesländern sogar rückläufig. Das ist beschämend, denn Deutschland hat die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN-BRK) bereits vor 14 Jahren ratifiziert“,* konstatierte Maïke Finne, die Bundesvorsitzende der GEW mit Blick auf die UN-Staatenprüfung Deutschlands zur Umsetzung der BRK. Danach werde weiterhin mehr als die Hälfte der Kinder und Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf an gesonderten Schulen unterrichtet, die in manchen Bundesländern wieder vermehrt eingerichtet würden. *„Das ist nicht nur kostspielig, sondern auch diskriminierend, da die meisten dieser jungen Menschen keine anerkannten Abschlüsse erhalten und kaum Perspektiven auf dem weiteren Bildungs- und Lebensweg, geschweige denn auf dem Arbeitsmarkt haben“,* so

Maïke Finne weiter. *„Die Inklusion ist nicht gescheitert: Sie wird politisch an die Wand gefahren. Vor allem weil die Regelschulen nicht die nötige Ausstattung und das nötige Personal erhalten, um alle Kinder inklusiv zu unterrichten“,* unterstrich die GEW-Vorsitzende.

Es braucht eine echte Wende für die Bildung in Deutschland! Denn die Bildungskrise hat Folgen – für die Beschäftigten genauso wie für die Kinder, Jugendlichen und Eltern. Deshalb ist die GEW NRW Erstunterzeichnerin des bundesweiten Appells „Bildungswende jetzt!“, mit dem viele Organisationen auf echte Verbesserungen drängen.

## **Wir brauchen:**

- Ein Sondervermögen Bildung von mindestens 100 Mrd. Euro und eine ausreichende Finanzierung
- Eine Ausbildungsinitiative für Lehrer\*innen und Erzieher\*innen
- Schule zukunftsfähig und inklusiv machen
- Ein echter Bildungsgipfel auf Augenhöhe muss her, um gangbare Wege aus der Bildungskrise zu erarbeiten und umzusetzen. Weitere Informationen zum Appell gibt es hier: [www.bildungswende-jetztz.de](http://www.bildungswende-jetztz.de) gegen die Bildung.

Den Düsseldorfer Schulstart dokumentieren wir ausführlich in dieser Nummer der Stadtzeitung. **Als Bildungsgewerkschaft wünschen wir allen Beschäftigten, Kindern und Jugendlichen einen guten Start in das neue Schuljahr 2023/2024!**

**Sylvia Burkert und Gabriella Lorusso, Leitungsteam**



# LETZTER TÖRN

**Kein großer Wurf fürs „Schulschiff Deutschland“**

**Deutschland ist kein Land für Reformen, nicht einmal für Reförmchen. Hier zieht man es vor zu reagieren, statt zu agieren. Diese Haltung wird uns in jüngster Zeit durch den Umgang mit dem Bildungsnotstand, deren Welle das Land langsam überrollt, in aller Deutlichkeit vor Augen geführt.**

**Von Bärbel Bösche, Fachgruppe Berufskolleg,  
Vorstand Stadtverband Düsseldorf**

So soll mit dem „Handlungskonzept Unterrichterversorgung“ der Bildungsministerin Feller der Lehrermangel in Griff zu kriegen sein. U.a. soll er damit bewältigt werden, dass man Lehrkräften die voraussetzungslose Teilzeitbeschäftigung versagt. Damit sind Teilzeitanträge gemeint, die nicht im Zusammenhang mit familiären Gründen (wie z. B. Kinderbetreuung oder Pflege eines nahen Angehörigen) stehen. Die voraussetzungslose Teilzeit wird jetzt nicht mehr gewährt, wenn dienstliche Gründe einer Genehmigung entgegenstehen.

Davon betroffen sind 13.727 von insgesamt 193.768 Lehrkräften, also 7,08 % (ohne voraussetzungslose Teilzeit im Blockmodell, sog. „Sabbatjahr“). Mit dieser Handvoll Stunden, die für über 13.000 Kolleg\*innen eine Gehaltseinbuße bedeuten, die sie aus gutem Grund hinnehmen, möchte man das Ruder herumreißen. Wie groß muss die Not sein? Die KMK schätzt (!), dass bis 2025 bundesweit 25.000, bis 2030 sogar 31.000 Lehrkräfte fehlen werden. Bildungsforscher Klaus Klemm stellt dem eine Zahl von bis zu 80.000 gegenüber. Wenn man sich vor Augen führt, mit welcher Weitsicht das „Schiff Schule“ in die heutige Situation manövriert wurde, kann man sich überlegen, welche der beiden Annahmen man für wahrscheinlicher hält. Steigende Schüler- und Ruheständler-

Zahlen bei einer zurückgehenden Zahl an Studien- und Referendariatsabsolvent\*innen – da bedarf es des ganz großen Wurfes, um hier den Schüler\*innen noch eine Perspektive zu bieten – von Chancengleichheit gar nicht zu reden.

**Thinking out of the box wäre gefragt.**

Um überhaupt noch irgendeinen Standard zu halten, müsste alles neu und undogmatisch gedacht werden dürfen: Frühförderung ab dem 4. Lebensjahr. Bildung nach Neigung und Fähigkeiten. Bei Wissen, das überall und jederzeit abrufbar ist, Fächer nur soweit sie tatsächlich gefragt sind.

D.h. eine verpflichtende Vorschule ab 4 Jahren, in der Kindern grundlegende Kompetenzen vermittelt werden, die einige Elternhäuser nicht zu vermitteln in der Lage sind. Damit wäre sichergestellt, dass alle Kinder in Klasse 1 wirklich ähnliche Startmöglichkeiten haben und am Ende der Grundschulzeit lesen, schreiben und rechnen können. Ein mittlerer Schulabschluss mit wählbaren 5-7 Schulfächern, die einerseits den Neigungen den Schüler\*innen entsprechen, aber andererseits im Rahmen von Wahlpflichtfächern auch den Erwerb grundlegender Kompetenzen in Kernfächern bieten. Eine Oberstufe, die ebenfalls mit einer deutlich begrenzten Anzahl an

Wahlfächern nach Neigung gezielt die weitere berufliche Ausrichtung bereits anzeigt – sowohl allgemein- wie berufsbildend. Eine Orientierung zum Beruf als Berufung würde in die Schule verlagert, statt wie bisher häufig durch Ausbildungsplatz- oder Studienfachwechsel erst nach dem Schulbesuch zu lernen, wo die Reise hingeht. – Wer jetzt aufschreit, der führe sich vor Augen, dass auch in Großbritannien mit eben diesem System eine Bevölkerung gut leben kann und dabei Klassenschranken weitaus mehr überwunden werden, als man es hier derzeit nur erträumen kann.

Ohne Probleme bekäme man in einem solchen System Lehrer mit einem Fach unter. Auch im Bereich der Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen ist Kulanz gefragt. Wir können uns eine vermeintliche Überlegenheit unseres bisherigen Systems nicht mehr erlauben. Ebenso wenig können wir es uns erlauben, qualifizierte Lehrkräfte in anderen Bereichen einzusetzen. Solange an Schulen noch Abordnungen erforderlich sind, sollten bereits bestehende Abordnungen in Sphären außerhalb von Schule zunächst einmal rückgängig gemacht werden. Ein solches anpassungsfähiges Vorgehen würde ein Niveau wahren, das dieses Land dringend benötigt, um die schon jetzt fehlenden Fachkräfte in allen Bereichen in Zukunft stellen zu können. Ein leicht modifiziertes „Weiter so“ – wie derzeit aus dem MSB zu hören – wird uns durch diese manifeste Krise nicht lotsen.

Im Gegenteil, nur mit dem Mut zum großen Wurf bleiben uns Zustände erspart, die weder der heranwachsenden Generation noch den Kolleg\*innen dienen und letztendlich auch die Demokratie gefährden.

**Sonst wird das hier unser letzter Törn in freien Gewässern.**



# GRUSELIG



**Pressegespräch mit der Düsseldorfer Lokalpresse zum Schuljahresstart 23/24 am 2.8.23**

Einige Pressevertreter kamen direkt von der entsprechenden Veranstaltung der Stadt Düsseldorf und staunten nicht schlecht, dass unser Fazit dem der städtischen Schulverwaltung entgegengesetzt war: nein, wir haben keine „alternativen Fakten“ präsentiert, sondern aus gewerkschaftlicher Sicht und mit den Erfahrungen der Kolleg\*innen vor Ort die Situation bewertet! NRZ, Antenne Düsseldorf, Düsseldorf Aktuell und die RP berichteten teilweise sehr ausführlich! (komplette Presseschau auf unserer Homepage!). Im Bild Ausschnitt des Artikels aus der NRZ.

**Hier unsere beiden Pressemitteilungen zum Schuljahresstart mit einem Überblick über die Lage an Düsseldorfs Schulen:**

**PM 2.8.23:**

### **Ein gruseliger Schulstart auch in Düsseldorf!**

Trotz der teilweise 100%-Stellen-Besetzung an den Schulen tun sich landesweit riesige Probleme auf, gefühlt mangelt es den Kolleginnen und Kollegen an allen Ecken und Enden! Für alle Schulformen gilt: die oft pauschale Ablehnung von Anträgen auf Teilzeit treibt den Lehrermangel auf die Spitze und die motivierten Kolleg\*innen an die Belastungsgrenzen!

Und dann auch das noch: 500 Lehrkräfte im Schulbezirk (Vertretungskräfte) können zum Schuljahresbeginn nicht anfangen, da ihr polizeiliches Führungszeugnis fehlt! Im Rahmen der Antragstellung für ein erweitertes Führungszeugnis ist eine schriftliche Aufforderung der Stelle vorzulegen, die das erweiterte Führungszeugnis verlangt, in dem Fall von Seiten der Bezirksregierung! Kolleg:innen, die im Zuge des Bewerbungsverfahrens eine feste Stelle bekommen haben, können noch nicht verbeamtet werden, da ihr Gesundheitszeugnis vom Amtsarzt fehlt.

**Grundschulen: empörender Umgang mit Kolleg\*innen, die Teilzeit beantragen**

Die **pauschale Ablehnung der TZ-Anträge** ist zur Zeit die wichtigste Baustelle: Die KollegInnen werden mehr oder weniger auf mindestens 25 Stunden gedrängt, oder man „droht“ mit amtsärztlicher Untersuchung der Dienstfähigkeit.

Das Absurde ist, dass diese KollegInnen sich schon wirklich schriftlich sehr „ausziehen“, offensichtlich aber arbeiten wollen und deshalb mit Blick auf die große Belastung und ihre eigene Belastbarkeit (oftmals gesundheitlich geschwächt) reduzieren wollen/müssen, um die Arbeit zu schaffen.

So mit noch motivierteren Leuten umzugehen, ist derart empörend und wir können nur hoffen, dass intensiv auf manchen Einzelfall geguckt wird.

**Parkausweise fehlen:**

In Düsseldorf werden immer mehr Viertel, oder Straßenzüge zu Anwohnerparkzone. Wir haben etliche Beschäftigte, die mit dem Auto zur Schule kommen müssen, weil entweder die Verkehrsanbindung eben nicht so günstig ist, oder eigene Kinder vorher noch in die Kita, oder Schule müssen und es zum Zeitproblem wird. Nur wenige Schulen können Lehrerparkplätze bieten und wenn nun noch Anwohnerparken herrscht, spricht man ein Parkticket ziehen muss- ist dies nicht umsetzbar. Ein 6 Stunden Lehrertag kostet dann, pro Stunde 3€, also 18 Euro und wer wirft das Geld stündlich nach?

**Wir fordern Parkausweise, wie sie die Handwerker bekommen, oder zeitlich begrenzte Parkmöglichkeit am Vormittag bis zum Nachmittag!**

**Keine Qualität bei Lehrermangel:**

Lehrermangel und große Klassen mit an die 30 Kindern sind schulischer Alltag, und vom Schulministerium wird mangelnde Qualität thematisiert- dabei liegt die Lösung ganz nah: **schaft endlich kleinere Klassen**, dann können individuelle Fördermöglichkeiten und qualifizierte LehrerInnen die Qualität steigern.

Fast 70 LAA gehen am 1.11. von Düsseldorf in noch schlechter besetzte Städte (ganz vorne Duisburg); ganz klar, dass diese Kommunen Hilfe benötigen, aber es ist auch ganz klar, dass die Löcher hier auch nicht zu stopfen sind! Und wenn, werden diese Löcher nicht durch Fachpersonal gestopft.

**Weitere Baustellen:**

**Beschattung** der Gebäude und Schulhöfe, **Nachmittagsbereich** mit fehlendem Personal – es wird zu Gruppen mit bis zu 50 Kindern kommen, die von einer Person betreut werden.

**Hauptschulen: der Trick mit der Statistik**

**Fachfremder Unterricht an der Tagesordnung:**

Laut der Statistik der Bezirksregierung sind alle Hauptschulen in Düsseldorf zu 100 % besetzt. (+/-10%). Gefühlt jedoch mangelt es an allen Ecken und Enden. Vor allen Dingen Fachlehrer\*innen in den Mint-Fächern und in den Fächern Englisch, Musik und Religion fehlen. Da diese Fächer dann „fachfremd“ unterrichtet werden (müssen), fällt es in der Statistik nicht auf.

Ein weiteres Problem sind die sogenannten **Schulformwechsler\*innen**. Es gibt jetzt zum neuen Schuljahr in Düsseldorf 100 Schüler und Schülerinnen,

die von der Realschule auf die Hauptschule wechseln. Meistens muss dann eine dritte 7te Klasse gebildet werden. Diese oft schwierigen Schüler\*innen haben häufig große Anpassungsprobleme an der neuen Schule.

**Inklusion läuft aus dem Ruder:**

Die Inklusion ist weiterhin eine Katastrophe, weil es so gut wie keine Sonderpädagog\*innen mehr gibt. Einige wurden an die Förderschulen abgeordnet oder müssen wieder zu ihren Stammschulen, weil die Situation dort noch katastrophaler ist.

**Hauptschulen ohne öffentliches Interesse:** Das Problem mit der schwierigen Klientel an den Hauptschulen wird auch einfach ignoriert und von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen. Es könnte aber verstärkt zum Problem werden, wenn bald Kolleg\*innen in Pension/Rente gehen werden.

**Berufsschulen ohne ausreichende Digitalisierung:  
floppt das digitale Klassenbuch?**

Die Arbeitsbelastung nimmt weiter zu „dank“ digitalem Klassenbuch. Pädagogische Arbeit wird dadurch verlagert vom Unterrichtsgeschehen (Probleme mit Verspätungen /gehäufte Fehlzeiten z.B.) auf Verwaltungstätigkeiten. Zudem sind Eintragungen in ein solches Klassenbuch auf den kleinen Tablets sehr fehleranfällig, was zu weiterer Mehrarbeit führt.

**Gymnasien**

An den Gymnasien landesweit, also auch in Düsseldorf, kocht gerade das Maßnahmenpaket zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels. Es gibt große Verunsicherung bezüglich der neuen Teilzeitregelungen.

**Förderschulen im Notbetrieb**

**Explosive Mischung von Personalmangel und Raummangel:**

**Besetzung der Förderschulen in Düsseldorf im Durchschnitt deutlich unter 90%.** Andere Berufsgruppen, die als Vertretungskräfte eingesetzt sind, werden bei der Besetzung mitgezählt z.B. Handwerksmeister:innen, Logopäd:innen und andere Vertretungskräfte mit Diplomabschlüssen, die **keine (sonder-)pädagogische Ausbildung** haben. Trotz der schlechten Besetzung werden Sonderpädagog:innen in andere Schulämter mit noch schlechterer Besetzung abgeordnet (z.B. Duisburg, Wuppertal). Das alles bei **steigenden Schülerzahlen**: Schüler:innen werden immer herausfordernder (Flüchtlingskinder, traumatisierte Kinder, Schüler:innen ohne oder mit geringen Deutschkenntnissen), Elternarbeit anspruchsvoller. Dazu brauchen wir mehr Platz- größere Klassenräume, Differenzierungsräume und Fachräume! Die Schüler:innen können bei der Raumnot nicht mehr individuell gefördert werden. Für Therapien gibt es auch keine Räumlichkeiten mehr. Die Therapeuten können vor der Schule eine mobile Praxis eröffnen, um den Schülern während der Schulzeit die dringend benötigte Therapie zukommen zu lassen.

**Schluss mit der kontraproduktiven Teilzeitregelung des Ministeriums**

Große Probleme bei abgelehnten Teilzeitanträgen (voraussetzungslos: be-

deutet, keine Kinder, keine Schwerbehinderung, keine pflegebedürftigen Angehörigen). Es werden bei voraussetzungsloser Teilzeit nur noch 3 Stunden Ermäßigung für höchstens 1 Jahr genehmigt. Darüber hinaus muss ein Attest vorlegt werden und die Dienststelle schickt die Kolleg:innen zum Amtsarzt, um die Dienstfähigkeit überprüfen zu lassen.

Die Kolleg:innen beantragen Teilzeit, weil sie den Beruf des Lehrers/ der Lehrerin nicht mehr in Vollzeit schaffen, bzw. stellen einen Teilzeitantrag, um die Vollzeitarbeit in Teilzeit zu erledigen! Der Lehrermangel wird dadurch nicht geringer, da die Kolleg:innen gezwungen werden mehr zu arbeiten und dadurch in den Burn-out getrieben werden! **So sieht kein verantwortungsvoller Gesundheitsschutz aus!! Die nicht genehmigten Teilzeitanträge können zu dauerhaften Ausfällen der Kolleg:innen führen, da sie den Stress und den Druck einfach nicht mehr bewältigen können.**

**Kein weiteres Schindluder treiben mit den MPT- Lehrkräften (Multiprofessionelle Teams)!**

Es gibt seit diesem Jahr auch an Förderschulen Stellen für MPT-Kräfte. Diese werden aber schlecht bezahlt, da auch sehr erfahrende Kolleg:innen meist eine schlechte Stufenzuordnung erhalten. Teilweise bekommen sie als Vertretungskräfte eine bessere Eingruppierung und Stufenfestsetzung. Das führt dazu, dass sich die gut ausgebildeten, erfahrenen Kräfte nicht auf die MPT-Stellen bewerben, bzw. wieder kündigen, wenn sie erfahren, wieviel sie letztendlich verdienen. Außerdem wird der Einsatz der MPT-Kräfte an den Schulen sehr unterschiedlich gehandhabt (sie werden zum Teil sehr unterschiedlich eingesetzt).

**Wieder Lehramtsstudiengänge an der Heinrich-Heine Uni Düsseldorf**

Wir brauchen wieder ein Lehramtsstudium an der HHU Düsseldorf! Die Uni Duisburg/ Essen bietet u.a. seit dem Wintersemester 22/23 das Lehramt für Sonderpädagogische Förderung (Fachrichtungen Emotionale-soziale Entwicklung sowie Sprache und ab dem WS 24/25 Förderschwerpunkt Hören und Kommunikation) an. Auch in Wuppertal wird das Lehramt für Sonderpädagogische Förderung angeboten.

**Verbindliche Lesezeit ohne Chancen auf Realisierung**

Verbindliche Lesezeit 3x20Min. im Primarbereich der Grund- und Förderschulen ab dem Schuljahr 2023/24 bei Fortbestand der Studentafel. Mit welchem Personal? Zu wenig und nicht adäquat ausgebildetes Personal, ohne päd. Ausbildung. Diagnostik soll 3-4x pro Jahr für jede/n einzelne/n Schüler:in gemacht werden -wo und von wem?? Die digitalen Tools und Diagnostikmaterialien werden frühestens in den ersten Wochen des Schuljahres nach und nach zur Verfügung stehen. Schüler mit einem Unterstützungsbedarf in der Unterstützten Kommunikation (nicht-sprechende oder schlecht-sprechende Schüler:innen) werden in dem Konzept nicht berücksichtigt.

**Schulbegleiter:innen: Fehlanzeige**

Die große Anzahl an Anträge für Schulbegleiter:innen beim Amt für Soziales sind trotz früher Beantragung noch nicht bewilligt. Das bedeutet, dass die

Schulbegleiter:innen zum Start des Schuljahres nicht anfangen können. Viele Kinder mit Anspruch auf eine/n Schulbegleiter:in werden zum Schuljahresbeginn nicht unterstützt. Das bedeutet für die Lehrkräfte, dass sie die Arbeit übernehmen müssen, bis ein Bescheid da ist und die Schulbegleiter:innen anfangen können.

#### **Digitalisierung unzureichend, Detektive gefragt**

Dienstliche Endgeräte für Lehrkräfte immer noch nur I-Pads mit zu kleinem Bildschirm, kleine Tastatur, zu wenig Speicherplatz – keine Berücksichtigung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes der Lehrkräfte, dienstliche Aufgaben können an iPads nicht vollumfänglich erledigt werden. Der versprochene Newsletter an alle Düsseldorfer Lehrkräfte ist immer noch nicht erschienen. Zwar hat die Stadt (e-school) auf den Lehrer-Ipads in einer App Hinweise hochgeladen, dazu aber keine Information in Form einer E-Mail, dass es dort Neues gibt- es bedarf einer gewissen Detektivarbeit, um an entsprechender Stelle die Hinweise zu finden...

#### **PM 4.8.23:**

#### **Frau Ministerin, soll das jetzt der Befreiungsschlag für die Grundschulen sein?**

„Alltagshelfer\*innen werden als Allheilmittel für den Fachkräftemangel dargestellt - finde den Fehler!“, so Monika Maraun, Sprecherin der Fachgruppe Grundschule des GEW-Stadtverbandes Düsseldorf und Schulleiterin an einer Düsseldorfer Grundschule. Alltagshelfer sind Augenwischerei, denn diese können und sollen nur eine Unterstützung für den Schullaufweg sein! Unterbesetzte Schulen sollen dann eine Lehrerstelle opfern, um dafür jemanden einzustellen, der aber nicht alleinverantwortlich arbeiten kann und auch nicht darf?!

Wir haben die Student\*innen in den Universitäten sitzen, deren Studium schreit nach mehr Praxis und das sind offensichtlich motivierte Anwärter\*innen. Hier müsste man das sogenannte Praxissemester verlängern und entsprechend bezahlen, das wären „Alltagshelfer\*innen“ und ein Gewinn für beide Seiten! Ein Loch kann man nicht immer mit Papier stopfen, irgendwann muss richtiges Baumaterial verwendet werden.

Nun sollen auch zentral erstellte „praxistaugliche“ Arbeitspläne den Grundschulen zur Verfügung gestellt werden! Der Gedanke die Lehrer\*innen von der Dokumentationspflicht und von langwieriger Konzeptarbeit zu entlasten, ist löslich- aber realistisch? Arbeitspläne sind vom Lehrwerk und vom Schulkonzept abhängig und beziehen sich natürlich auf die Lehrpläne – mit großen Bedenken blicken die Grundschulen hier auf die Umsetzung und auf ihre Prozesse, in denen sie sich gerade diesbezüglich befinden.

**„Man ist ständig in Schockstarre, mit welchen neuen Ideen die Grundschulen weiter bombardiert werden“, so Monika Maraun.**

## **WENN DER KOPF VOLL IST...**

### **Aus dem Lehrer-Alltag vor Ort**

**Zum dritten Mal war ich im letzten Schuljahr an der Planung eines Vertrauensleutetreffens beteiligt. Ziel dieser Treffen ist es, den Kontakt zu den Vertrauensleuten an den Schulen zu verbessern und sich für die vor Ort geleistete Arbeit zu bedanken. Aus diesem Grund werden die Vertrauensleute auf Kosten der GEW eingeladen. Trotz dieses Angebotes und der damit verbundenen Möglichkeit miteinander ins Gespräch zu kommen sowie sich den ein oder anderen Tipp für den Alltag zu holen, waren die Treffen leider nur spärlich besucht. In vielen Fällen haben wir noch nicht einmal eine Rückmeldung erhalten. Woran liegt das?**

**Von Andreas Dietrich, Fachgruppe Realschule,  
Vorstand GEW Stadtverband Düsseldorf**

Meiner festen Überzeugung nach besteht die Ursache nicht darin, dass seitens der Kollegen / innen kein Interesse an einem Austausch besteht. Vielmehr stellt unser krankes Schulsystem und der damit verbundene Alltag der Kollegen / innen das Grundproblem dar. Jeder zusätzliche Termin im Lehrerkalender wird als Belastung wahrgenommen und deshalb, sofern es ein fakultativer Termin ist, gestrichen. Der Kopf ist voll...

Nehmen wir mich selbst als Beispiel. Ich bin seit mittlerweile 10 Jahren Realschullehrer in Düsseldorf und habe aktuell meine dritte eigene Klasse übernommen. Ich liebe meinen Beruf und bin sehr gerne Klassenlehrer, da sich die Arbeit auszahlt und man viel zurückbekommt. Die Arbeitsbelastung in unserem Beruf hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen, zum einen, weil immer mehr zusätzliche Aufgaben dazu gekommen sind, zum anderen, weil es immer weniger gut ausgebildete Lehrkräfte gibt und in den Kollegien unheimlich viel kompensiert werden muss. Da mir die Missstände in unserem Schulsystem schon früh aufgefallen sind und

ich die Hoffnung hatte, vielleicht an anderer Stelle mehr Einfluss nehmen zu können, bin ich seit drei Jahren auch im Personalrat für Realschulen. Hier kann ich feststellen, dass die Defizite unseres Systems den Verantwortlichen durchaus bewusst sind, die notwendigen Veränderungen aber nicht angepackt werden.

Dennoch empfinde ich die Personalratsarbeit als sehr gewinnbringend, weil ich die Kollegen / innen durch meine Beratung in ihrem stressigen Alltag unterstützen kann.

Auch bei mir fehlt oft die Zeit. Ich muss ständig Prioritäten setzen und die liegen in meinem Fall beruflich bei meiner eigenen Klasse, meiner eigenen Schule sowie bei der Personalratsarbeit. Daher kenne ich das Gefühl, dass weder im Kopf noch kalendarisch Platz für weitere Termine ist, selbst wenn man diese interessant fände. Ich lese oft Mails mit Fortbildungsangeboten, die ich spannend fände, aber aufgrund von fehlenden Lücken im Kalender direkt wieder lösche. Und wenn mein Email- Postfach überläuft, ich zusätzlich Nachrichten bei Lo-

gineo und Webuntis beantworten muss, dann bin ich einfach dankbar für alles, was ich abhaken oder löschen kann. **Platz schaffen im Kopf...** Insofern kann ich gut nachvollziehen, wenn Kollegen / innen beim Lesen einer Einladung zum Vertrauensleutetreffen denken: „Schöne Idee, aber schaffe ich nicht.“

**Die GEW- Fraktion des Bezirkspersonalrates Realschule hat sich deshalb**

**vorgenommen, nach und nach Schulen zu besuchen und direkt vor Ort für die Kollegen / innen da zu sein. Dazu ist allerdings eine vorherige Kontaktaufnahme mit den Vertrauensleuten notwendig, denn diese organisieren mit den Schulleitungen alles Notwendige. Wir hoffen, dass dies eine Möglichkeit ist den Austausch untereinander zu beleben und Kollegen / innen besser zu unterstützen.**

## **NEUES AUS NEUSS - DER STADT DER GOLD-NUSS- SCHOKOLADE!?**

**Am 18.08 und 19.08.2023 fand traditionell die GEW-aktiv-Tagung für Ehrenamtler\*innen zum Schuljahresauftakt statt. Da in diesem Jahr Neuss der Veranstaltungsort war, ließen es sich auch viele Gremienmitglieder des Düsseldorfer Stadtverbandes nicht nehmen, einmal auf die andere Rheinseite zu wechseln, um an dem bestens organisierten gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Programm teilzunehmen.**

**Von Holger Thrien, Fachgruppe Grundschule**



Bei der Begrüßung der Kolleg\*innen hob unsere Landesvorsitzende Ayla Çelik hervor, dass eine gelingende Bildungsbiografie in NRW immer noch stark von der sozialen Herkunft abhängt und somit Chancengleichheit

nicht gegeben sei. Gerade um diesen Mangel zu bekämpfen regte sie eine Fachkräfteoffensive an, die einerseits den Ausbau von Kapazitäten bei der Lehrer\*innenausbildung beinhalte, andererseits für eine sofortige Entlastung

der Personen, die jetzt an Schule tätig sind, sorgen solle. Die ebenfalls anwesende Ministerin Frau Feller wurde von Ayla Çelik aufgefordert, politischen Veränderungswillen zu zeigen und umgehend die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit „beste Bildung unabhängig von der Postleitzahl“ möglich sei.

**Und so geht's !?**

Die Schulministerin wies in ihrem Grußwort darauf hin, dass der Lehrkräftemangel noch lange bestehen werde und verwies für dessen Abmilderung auf das Handlungskonzept für eine bessere Unterrichtsversorgung aus ihrem Hause. Sie verteidigte auch die darin enthaltene Maßnahme der Reduzierung der voraussetzungslosen Teilzeit, was zu einigen vernehmbaren Missfallensäußerungen im Plenum führte. In einem Großteil ihrer Ausführungen beschäftigte sich Frau Feller damit, wie wichtig der Erwerb der Basiskompetenzen bereits in der Grundschule wäre und lobte einerseits die gute Arbeit, die in dieser Schulform geleistet würde. **Andererseits führte sie einige Maßnahmen an (3x20 Minuten lesen, zentral vorgegebene Arbeitspläne), die unterschwellig den Eindruck erweckten, dass das Ministerium die Grundschulen für das schlechte Abschneiden bei einigen Vergleichsuntersuchungen verantwortlich macht und ihnen nun zeigen müsste, wie es richtig geht. Die Freude über die im Schlusswort der Schulministerin geäußerte hohe Wertschätzung gegenüber allen, die an den Schulen arbeiten, wurde durch die zuvor geäußerte Wahrnehmung doch etwas getrübt.** Nach der Rede von Ministerin Feller überreichte die GEW NRW ihr einen Bauplan für eine gute Bildung (s. Rückseite, Link zum Positionspapier: <https://t1p.de/jupcw>)

An der anschließenden **Podiumsdiskussion** nahm neben Herrn Schnelle vom Schulministerium auch Professorin Dr. Gabriele Bellenberg von der Ruhr-Universität Bochum teil, die zuvor die zentralen Befunde zur sozialen Ungleichheit des Bildungssystems analysiert hatte. Die Antworten des Schulministeriums waren eher vage, erinnerten an die Postkartenweisheit „Ich bewundere dein Problem, habe aber auch keine Lösung“ und endeten häufig mit dem Mantra „im Moment nicht finanzierbar“. Gerade in Hinblick auf die, im Vergleich zu anderen Bundesländern, niedrigen Bildungsausgaben je Schüler\*in und die damit einhergehende Chancenungleichheit waren diese Statements seitens des Schulministeriums enttäuschend. Als einziger Hoffnungsschimmer wurde die Dialogbereitschaft angesehen, zusammen etwas zu verändern.



Nach dem wortgewaltigen „offiziellen“ Teil benötigten die Teilnehmer\*innen etwas Bewegung und brachen zu einem geführten Stadtrundgang durch die 2000 Jahre alte Stadt Neuss auf.

Und wie wir schon alle vermutet hatten, stammt der Name der Stadt nicht von der **Novesia-Gold-Nuss-Schokolade**, auch wenn er im regionalen Dialekt **Nüss** heißt, sondern lässt sich vom Novaesium der Römerzeit ableiten. GEW macht schlau! Viele Sehenswürdigkeiten, wie die Umgebung des Quirinusbüchsen, wurden besichtigt, bevor sich die Kolleg\*innen zum geselligen Beisammensein im Zeughaus einfanden. Viele Kontakte wurden aufgefrischt oder neu geschlossen und es fand ein gewinnbringender Austausch über die Gewerkschaftsarbeit „vor Ort“ auf allen Ebenen statt.

Am Samstag hatten alle 250 Gewerkschafter\*innen die Gelegenheit (im Bild Holger Thrien und Dina Kirschbaum, Stadtverband und ÖPR Düsseldorf), an unterschiedlichen Workshops teilzunehmen. In einem Workshop stellte beispielsweise Frau Dr. Butterwegge ihre Thesen zur Auswirkung von Kinderarmut auf Bildungs(un)gerechtigkeit und Lösungsansätze dar, in einem anderen wurde über die Strategie für den nächsten Personalratswahlkampf informiert und die Anwesenden hatten die Möglichkeit, sich mit Vorschlägen einzubringen.

Über das eigentliche Ende der Veranstaltung hinaus verblieben noch viele Kolleg\*innen im Zeughaus und nutzten die Gelegenheit zum Meinungsaustausch. Alle waren sich einig, dass die GEW-aktiv in Neuss eine gelungene Veranstaltung war, die dazu anspornte, die herausfordernde Gewerkschaftsarbeit der nächsten Zeit mit Elan anzugehen.



# **DER ZWEITE BILDUNGSWEG MUSS GESTÄRKT WERDEN**

**In Deutschland sind gravierende Mängel bzgl. der individuellen Bildungschancen von der Kita bis hin zu den Schul- und Berufsabschlüssen seit Jahrzehnten bekannt, empirisch belegt und wissenschaftlich untersucht. Der Zweite Bildungsweg (ZBW) bietet dazu gerade in NRW ein traditionell stark vertretenes Korrektiv.**

**Von Harald Pietsch, Regina Köhler, Ulrike Rubröder, Vorstand GEW Stadtverband Düsseldorf und Fachgruppenausschuss Erwachsenenbildung (FGA) der GEW-NRW**

Der ZBW steht auch in NRW aktuell – einem bundesweiten Trend folgend – stark unter Druck, weil auch die Anmeldezahlen stark rückläufig sind. Vor dem Hintergrund der Bildungsnotstände im Zuge der Corona-Pandemie und den absehbaren Auswirkungen des aktuellen Lehrkräftemangels ist dies eine bedrohliche Entwicklung, die einerseits auf den viel zu geringen Bekanntheitsgrad (selbst unter den meisten Kolleg\*innen des ersten Bildungsweges) und andererseits auf unzeitgemäße und sehr restriktive Zugangsvoraussetzungen zurück zu führen ist. Zu all diesen Aspekten, den bedeutenden Integrationsleistungen des ZBW und dringend notwendigen Maßnahmen hat der Fachgruppenausschuss Erwachsenenbildung der GEW-NRW ein sehr ausführliches Posi-

tionspapier erstellt, dessen Inhalt auch online abrufbar ist.

Link zum Positionspapier:

<https://t1p.de/vgllw>

**Werbung auch in Düsseldorf erwünscht!**

**Liebe GEW-KollegInnen in den vielfältigen Einrichtungen des ersten Bildungsweges!**

Warum sollten eure SchülerInnen neben einem Glückwunsch zu ihren erreichten Abschlüssen und den besten Wünschen für ihre nächsten Lebensschritte, nicht auch eine Information darüber erhalten, dass es die Möglichkeiten des ZBW gibt, falls sich im Verlauf ihres Lebens der Wunsch oder Bedarf danach ergibt. All jenen, die selbst gesteckte Ziele aus den vielfältigsten



Gründen nicht erreicht haben, sollte diese Information auf jeden Fall zuteil werden. Und der eine oder die andere von euch kann ja vielleicht sogar davon berichten, dass der ZBW auch ein Teil der eigenen Bildungsbiographie ist.

Harald Pietzsch, Lehrer am Wilhelm-Heinrich-Riehl Kolleg in Düsseldorf, Harald.Pietzsch@gew-nrw.de  
Ulrike Rubröder, Lehrerin am Weiterbildungskolleg Düsseldorf Teilstandort Abendrealschule, rubroeder@gmx.de

### **Was ist der Zweite Bildungsweg (ZBW)?**

Wie der Name vermuten lässt, ermöglichen die Einrichtungen des ZBW einen höher qualifizierenden Schulabschluss **nach** Beendigung des ersten Bildungsweges, der konzeptionell auch eine qualifizierende Berufsausbildung einschließt.

Der ZBW umfasst **Abendrealschulen (ARS), Abendgymnasien (AG), Kollegs** (keine Berufskollegs!) und den Ausbildungsgang **Abi-Online**. Außer den Kollegs sind die anderen Angebote für den berufsbegleitenden Besuch konzipiert, stehen aber auch Arbeitssuchenden und Menschen mit Familienzeit offen. An der **ARS** können sowohl der erste Schulabschluss, als auch der mittlere Schulabschluss erworben werden, während die anderen Zweige zur Fachhochschulreife bzw. zum Abitur hinführen. **Kollegs** sind Vollzeit- Tagesschulen. Der erste oder mittlere Schulabschluss kann zudem auch eigenständig an **Volks-hochschulen** erworben werden. Alle Prüfungsordnungen orientieren sich an denjenigen des ersten Bildungswegs und BAFÖG-Förderung ist möglich.

In unserem Stadtverband gibt es das **Weiterbildungskolleg** Düsseldorf mit den Bildungsgängen ARS und AG, sowie das Wilhelm-Heinrich-Riehl **Kolleg**. Zusätzlich bietet die **VHS** die o.g. Kurse an.

### **Aus dem Positionspapier:**

#### **Wie kann der ZBW attraktiver gemacht werden (Auszug)**

Den vielfältigen Formen der Prekarisierung und Entsicherung von Arbeitsverhältnissen des heutigen Arbeitsmarktes muss Rechnung getragen werden. Zugangshürden müssen abgebaut werden. Wer sich Jahre nach Verlassen des ersten Bildungswegs entschließt, die eigene schulische Qualifikation zu erweitern, darf nicht länger daran scheitern, wenn sie oder er weniger als zwei Jahre sozialversicherungspflichtig gearbeitet hat. Weder darf der Zugang verwehrt noch das Bildungsziel eingeschränkt werden.

Nötig ist eine bessere wirtschaftliche Absicherung der Studierenden. Unter anderem müssen die Zugangsmöglichkeiten zum Schüler-Bafög und zu kostengünstigem ÖPNV erweitert werden.

Es müssen Angebote etabliert werden, die ganz regulär und begleitend zum Bildungsgang gezielt die Verbesserung des deutschen Sprachniveaus fördern. Denn nicht nur Studierende mit Migrationshintergrund drohen oft an der Sprachhürde zu scheitern, sondern auch Studierende mit deutscher Muttersprache - nicht aus Unvermögen, sondern weil sie bisher kaum oder gar nicht die Möglichkeit hatten, das entsprechende bildungssprachliche Niveau zu erreichen. Das Hand-in-Hand-Gehen von Bildungsgang und unterstützender Sprachbildung ist in der Regel praktikabler und effektiver als der Schulbildung vorausgehende Sprachkurse.

Beratungsangebote im sozialen und psychologischen Bereich müssen analog zum ersten Bildungsweg zu einer festen Einrichtung werden. Auch am zweiten Bildungsweg müssen Bedarfe sonderpädagogischer Unterstützung anerkannt und durch Inklusions- und Integrationsfachkräfte abgesichert werden. Ebenso muss eine Studien- und Berufsberatung zur Motivation und Perspektivbildung ein festes Angebot aller Ausbildungsgänge sein.

Nicht zuletzt müssen vor dem Hintergrund der großen Heterogenität der mitgebrachten Voraussetzungen Konzepte zur Individualisierung, Flexibilisierung und Modularisierung von Studientafeln und Prüfungen entwickelt und erprobt werden.





## KLIMASCHUTZ IM KLASSENZIMMER

**In Zeiten wachsender Umweltprobleme und Herausforderungen durch den Klimawandel ist es von entscheidender Bedeutung, über die Klimakrise aufzuklären, zu sensibilisieren und Handlungsoptionen aufzuzeigen.**  
Von Anja Kreitmeyer\*

**Im November findet wieder die Aktionswoche „Public Climate School“ statt, ein vielfältiges Bildungsprogramm zu Themen rund um die Klimakrise mit Vorträgen, Workshops & Diskussionsrunden zu einer großen Bandbreite mit relevanten Inhalten für verschiedene Fächer wie Biologie, Geographie, Ethik, Politik oder sogar Kunst.**

Die Public Climate School (PCS) steht für eine Woche voller interessant aufbereiteter Angebote inklusive Arbeitsmaterialien für den Unterricht in allen Klassenstufen und für alle Schulformen von der Grundschule über weiterführende Schulen bis hin zur Berufsschule. Es sind auch Inhalte in leichter Sprache verfügbar.

Die PCS findet vom 20.-24. November 2023 statt, ist kostenlos und ohne Anmeldung leicht über einen digitalen Livestream zugänglich: <https://fffutu.re/pcs-live>

*„Ich als Lehrerin und Mitglied des Klimabildung e.V. finde die Public Climate School eine großartige Initiative, um Schülerinnen und Schülern ein tieferes Verständnis für den Klimawandel zu vermitteln. Indem wir vielfältige Lehr- und Lernformate nutzen, können wir ihnen zeigen, wie sie aktiv Teil der Lösung werden können. Von der Teilnahme an Online-Veranstaltungen bis hin zur eigenen Projektdurchführung gibt es zahlreiche Möglichkeiten, sich zu beteiligen und die drängenden Umweltfragen in den Klassenzimmern zu thematisieren.“*

Meike Lauts, Lehrerin & Teil des PCS-Teams

Aber auch bereits existierende Angebote der vorherigen Veranstaltungen lassen sich flexibel für den Unterricht nutzen und sind so gestaltet, dass sie sich an den bestehenden Lehrplänen orientieren. Lehrer:innen bietet sich so die Möglichkeit, diese Materialien

\* Die Autorin Anja Kreitmeyer ist Diplomsporthilfswissenschaftlerin und in der Fort- und Weiterbildung im Bereich Gesundheit und Umweltschutz tätig. Ehrenamtlich engagiert sie sich bei Parents for Future und kit Klimamonster, einer Webseite für Kinder, Eltern und Pädagogen.)



jederzeit in ihren Unterricht zu integrieren und den Schüler:innen aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Lösungsansätze zu vermitteln. Ob es sich um interaktive Online-Module, multimediale Präsentationen, Workshops oder ganze Lehrheiten handelt – die "Public Climate School" erleichtert den Zugang zu hochwertigem Unterrichtsmaterial. Überzeugen Sie sich selbst in der Materialdatenbank: <https://klimabildung.org/klimabildung/datenbank/>



Die „PCS“ organisieren seit 2019 die Students for Future in Kooperation mit u.a. Teachers for Future und Scientists for Future für Universitäten und Schulen. Seit 2021 übernimmt der aus dem Team hervorgegangene gemeinnützige Verein Klimabildung e.V. einmal im Jahr die Hauptkoordination. Die Unterrichtsangebote gibt es von und mit Wissenschaftler:innen und Expert:innen verschiedenster Fachgebiete. So gibt es beispielsweise

bereits Beiträge von Dr. Eckart von Hirschhausen und Biologe Dr. Mark Benecke, bekannt aus verschiedenen Medienformaten, aber selbstverständlich auch international renommierte Klimawissenschaftler:innen wie Prof. Dr. Stefan Rahmstorf, Prof. Dr. Volker Quaschnig, Prof. Dr. Sebastian Seiffert und viele weitere.

Die Public Climate School wird im Rahmen einer Studie wissenschaftlich begleitet und vom Ministerium für Bildung und Forschung gefördert. Die Studie im November forscht zum Thema „Gedanken, Gefühle und Verhalten in Bezug zum Klimawandel“, teilnehmen können Schulen bzw. Klassen ab der Jahrgangsstufe 7 (<https://publicclimateschool.de/studie-nov-23/>).

**Machen auch Sie/ Macht auch ihr bei der Public Climate School mit und gestalten Sie/ gestaltet ihr gemeinsam mit Ihren/Euren Schüler:innen den Weg zu einer nachhaltigeren Welt!**

### **Public Climate School Woche auch in Düsseldorf an der HHU**

In der Woche vom 20.-24. November gibt es auch ein Lokalprogramm der Public Climate School außerhalb der Schulen für alle Interessierten. Es wird viele Vorträge und Workshops zu den Themen Gesundheit, Klimakommunikation, Konsum, Migration, Klimaschutzrecht, Formen von Aktivismus u.v.m. geben. Das Programm wird von den Students For Future Düsseldorf organisiert, genauere Informationen werden auf dieser Website veröffentlicht: <https://studentsforfuture.info/ortsgruppe/duesseldorf/>

**Alle sind herzlich eingeladen.**



# #STOLEN MEMORY

## Lernen ganz anders!

Die Wanderausstellung der „Arolsen Archives“, die vom 3. bis 22. August in einem unübersehbaren Container auf dem Reeser Platz stand, war Anregung und Chance, das Unterrichtsthema „Nationalsozialismus und Verfolgung“ für die Generation Z interessant und effektiv zu gestalten.

Von Ulrike Hund, Vorstand GEW-Stadtverband

Die räumliche Konfrontation der Schicksale der Verfolgten des Faschismus mit dem unsäglichem, kriegsverherrlichenden Denkmal auf dem von Neo-Nazis immer noch genutzten Aufmarschplatz vertiefte eindrücklich die Aufforderung, diese Vergangenheit aktiv zu bearbeiten.

Dies kann durch Mitarbeit an der Recherche nach den Angehörigen der verfolgten Personen geschehen, deren persönliche Gegenstände (=Effekten) Fotos, Schmuck, Ausweise u. a. in den Archiven aufbewahrt werden und dann zurückgegeben werden können. Die direkte intensive Beschäftigung mit dem Schicksal einer Person bietet nicht nur für Schülerinnen und Schüler die Chance, sich mit der verbrecherischen Ideologie und deren Folgen zu beschäftigen und dadurch die eigene Haltung zu klären. Die Auseinandersetzung mit Rassismus, Extremismus und anti-demokratische Haltungen und die Bedeutung für die freiheitliche Demo-

kratie braucht vielfältige Aktivitäten, um erfolgreich zu sein.

Die Arbeit an (digitalisierten) Original-Dokumenten, verbunden mit Recherchen vor Ort, in der eigenen Stadt, ist heute sicher der methodische Königsweg zur Bearbeitung des Themas, da Zeitzeugen kaum noch zu befragen sind. Der Container ist zwar weg, aber die Botschaft lässt sich ohne weiteres über die Website der „Arolsen Archives“ weiterbearbeiten.

Es gibt dort vielseitige pädagogische Materialien zur Unterrichtsgestaltung, auf der **#StolenMemory-Website** findet man Videoportraits, in denen Angehörige von der Bedeutung der Effektenrückgabe berichten: [stolenmemory.org](https://stolenmemory.org)  
Weitere Anregungen zur Mitarbeit gibt es unter [#everynamecounts](https://everynamecounts.org) – Projekt zum Erstellen einer Datenbank zur Auffindung der Opfer

<https://everynamecounts.arolsen-archives.org>



Die **Arolsen Archives** sind ein internationales Zentrum über NS-Verfolgung mit dem weltweit umfassendsten Archiv zu den Opfern und Überlebenden des Nationalsozialismus. Die Arolsen Archives bieten breites Wissen über NS-Verfolgung, NS-Zwangsarbeit, den Holocaust sowie die Folgen von Diskriminierung und Rassenhass.

Die 1947 von den Alliierten gegründete Institution hat über Jahrzehnte Dokumente zu allen Opfergruppen des Hitler-Regimes zusammengetragen.  
Internet: [arolsen-archives.org](https://arolsen-archives.org)

## DEMOKRATIE UNGLEICH AfD

**Warum ist die rechtsextremistische AfD seit einiger Zeit wieder im Umfrage-Hoch? Wir als Gewerkschafter sind davon elementar betroffen: denn eine solidarische Gesellschaft ist unsere DNA, die AfD setzt auf Entsolidarisierung in der Gesellschaft, Deutschland- und Europa- weit. Friedrich März streckt seine Fühler aus bei der kommunalen Zusammenarbeit mit der AfD, im Europa-Parlament biedern sich schon lange die Christdemokraten den extremen Rechten an. Ein Faktor ist die verstärkte Migration, aus dem diese europaweit Kapital schlagen.**



Der 1. Akt von Georgia Meloni war aber nicht etwa die Verschärfung des Ausländerrechts, sondern ihre postfaschistische Regierung hat eine soziale Grundsicherung geschleift, die die 5 Sterne- Bewegung in der Vorgängerregierung durchgesetzt hatte. Und das ist der Kern der Entsolidarisierungs-Wut: nicht nur, dass es zu viele Migrantinnen gäbe, sondern dass diese „auf unsere Kosten“ leben! Das verfängt offensichtlich und dem müssen wir uns widersetzen.

### **Demokratie in der postmigrantischen Gesellschaft**

Gerade jetzt müssen wir angesichts der rechtsextremen Bedrohung der Demokratie die politische Teilhabe unserer MigrantInnen fordern und durchzusetzen.

**Nihat Öztürk**, Vorstandsmitglied der Gewerkschaftsinitiative „Gelbe Hand“ und ehemaliger Erster Bevollmächtigter der IG Metall Düsseldorf-Neuss, zeigt diesen Kampf um die migran-

tische Teilhabe in den letzten 40 Jahren in seinem Artikel auf. Seine Schlussfolgerung: *„Gemeinsame soziale Kämpfe können einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der egalitären Demokratie und der solidarischen Teile der Gesellschaft leisten. Das ist die beste Antwort auf den rechtspopulistischen Nationalismus und Rassismus.“*

Die gekürzte Version dieses Artikels ist auf der Internetseite der Rosa-Luxemburg- Stiftung ([www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)) erschienen. Der Abdruck des Artikels erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Autors.

Letzte Publikation dazu: Nihat Öztürk (Hrsg.): Etappen, Konflikte und Anerkennungskämpfe der Migration (mit Fotos von Manfred Vollmer, Gernot Huber, Sergej Lepke und vielen anderen); Verlag Die Buchmacherei, Berlin 2022, 158 Seiten A 4, 22 Euro.

Rezension: <https://www.rosalux.de/news/id/49753>.

Foto: Anti-AfD Demo auf dem Messegelände 2016

# „NO TAXATION WITHOUT REPRESENTATION“

## **Der migrantische Kampf um Anerkennung und demokratische Teilhabe von Nihat Öztürk**

### Einleitung

Migrant\*innen sind meistens nur dann im Fokus der Öffentlichkeit, wenn sie mit Gewalt und Kriminalität in Verbindung gebracht werden. Das gilt noch mehr für junge Migrant\*innen, wie wir nach den jüngsten gewalttätigen Protestaktionen in den „Randzonen“ französischer Großstädte („Banlieues“) erlebt haben. In Deutschland dominierten die Fragen, ob junge Einwanderer\*innen sich mit der „deutschen Demokratie identifizieren“ und wie „loyal“ sie gegenüber ihrem „Gastland“ seien. Zum wiederholten Male entfachte sich eine Debatte über „Integration“

Wenn wir unter „Integration“ die Angleichung von Einstellungen, Verhaltensweisen und Ritualen der Minderheiten mit der Mehrheitsgesellschaft begreifen, könnte man zynisch meinen, dass junge Migrant\*innen in Frankreich auch hinsichtlich ihrer Radikalität beim Widerstand gegen Benachteiligung, Diskriminierung und Polizeigewalt „gut integriert“ sind. Denn die jungen Migrant\*innen verhalten sich ähnlich wie die autochthonen französischen Bürger\*innen. Im Vergleich mit ihren Altersgenossen in Frankreich sind junge Migrant\*innen in Deutschland viel weniger emotional und radikal, vielmehr gesetzeskonform und vor allem neigen sie zu einer stärkeren Unterwürfigkeit gegenüber Autoritäten. Mit diesem „angepassten Konformismus“ sind die jungen Migrant\*innen in Deutschland durchaus „gut integriert“, weil dies dem Verhalten der großen Mehrheit der „abstammungsdeutschen“ Bürger\*innen entspricht. Deutlich wichtiger als diese „national spezifische Akkulturation“ von Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte sind meines Erachtens die sozialen Verhältnisse (soziale Gerechtigkeit) und die ethnische Zusammensetzung der migrantischen Bevölkerung. Während in Deutschland die Mehrheit der migrantischen Bevölkerung aus den ehemaligen südeuropäischen Hauptanwerbeländern sowie aus Osteuropa oder als Geflüchtete eingewandert ist, stammen die Migrant\*innen in Frankreich mehrheitlich aus den ehemaligen Kolonien. Als Nachfahren der ehemals kolonialisierten machen auch sie noch neokolonialistische und rassistische Diskriminierungserfahrungen in ihrem Alltag.

### **Allein deswegen ist es nicht zu befürchten, dass junge Migrant\*innen in Deutschland auf Diskriminierungen ähnlich heftig und radikal reagieren wie ihre Gleichaltrigen in Frankreich.<sup>1</sup>**

Dennoch sollten wir nicht davon ausgehen, dass migrantische Jugendliche eine große und nachhaltige Identifikation mit Deutschland haben oder eine besonde-

re Loyalität gegenüber dem deutschen Staat und seinen Institutionen verspüren. Auch sie machen Diskriminierungserfahrungen, erleben Rassismus im Alltag und sind häufig Opfer von „racial profiling“, sofern sie als People of Colour (PoC) erkennbar sind oder nicht wie „Abstammungsdeutsche“, aussehen.

Die alarmistische Debatte über die „französischen Zustände“ darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Rassismus, rechte Gewalt oder die Ethnisierung sozialer und politischer Probleme in Deutschland eine ebenso lange „gepflegte Tradition“ besitzen wie ihre hartnäckige Leugnung. Hinweisen möchte ich darauf, dass es in Deutschland eine unterprivilegierte urbane Unterschicht („urban underclass“) existiert, die im Alltag mit Klassismus und Rassismus konfrontiert ist.<sup>2</sup> Bereits Anfang der 1990er Jahre gab es heftige Protestaktionen junger, besonders Türkei stämmiger Aktivist\*innen gegen die rassistischen Pogrome nach der Deutschen Einheit. Die Protestaktionen richteten sich auch gegen staatliche Instanzen, die von vielen Migrant\*innen beschuldigt werden, rechte Gewalttaten zu bagatellisieren oder sogar die Täter zu decken.

Heute gibt es in migrantischen Milieus eine Koexistenz von linken Aktivist\*innen und Antifaschist\*innen sowie nationalistisch und religiös inspirierte identitäre Bewegungen. Diese Aktivist\*innen sind von ihren französischen Altersgenoss\*innen hinsichtlich Radikalität und Gewaltbereitschaft zwar noch meilenweit entfernt. Allerdings kann nicht ausgeschlossen werden, dass sie sich weiter radikalisieren und Gewalt als „legitimes Mittel“ betrachten. **„Wenn der deutsche Staat und seine Polizei uns nicht schützen, werden wir uns selbst schützen müssen“, ist eine häufige Aussage junger migrantischer Aktivist\*innen.**

Die richtige Antwort auf solche Tendenzen ist nicht, sprachlich aufzurüsten und nach mehr Polizei und Repression zu rufen, wie es die französischen und deutschen Konservativen tun, **sondern einerseits Diskriminierung und Rassismus zu bekämpfen und andererseits die demokratische Teilhabe aller Bewohner\*innen zu fördern.**

Demokratie ist mehr als reine Arithmetik, Verfahren oder ein Privileg. Eine genuin liberal-normative Demokratie betrachtet alle Individuen der Gesellschaft als freie und gleiche Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, Geschlecht oder Weltanschauung.

Eine wahre Demokratie verknüpft vernünftiger Weise die Steuerzahlung und die Finanzierung des gemeinsamen Sozialwesens mit der politischen Mitbestimmung aller Angehörigen der Gesellschaft. Und: **Für eine normative Demokratie sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass jene Menschen, die den Sozialstaat mit ihren Beiträgen finanzieren und somit Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen, politische Wahl- und Mitbestimmungsrechte haben müssen.**<sup>3</sup> Meines Erachtens ist dies nicht weniger entscheidend für den Erwerb politischer Teilhaberechte als die Staatsbürgerschaft, die zumeist durch Geburt erworben wird.

Nach diesen Maßstäben kann man selbst viele liberale Demokratien mit Fug und Recht als „unvollständige Demokratien“ bezeichnen. Man kann sogar noch einen Schritt weiter gehen und diese Demokratien als rassistisch gefärbte Demokratien bezeichnen, wenn sie Gruppen von Mitbürger\*innen mit „fremder“ Staatsangehörigkeit bewusst und gezielt von demokratischen Prozessen ausschließen, obwohl sie ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, zur Steuerzahlung und anderen bürgerschaftlichen Aufgaben verpflichtet werden. Diese Stichworte waren die dominierenden politischen Fluchtpunkte für hoffnungsvolle Initiativen zur Stärkung der demokratischen Teilhabe von Migrant\*innen in Deutschland, auf die ich im Folgenden eingehen möchte.

### **„Ein Mensch – eine Stimme. Wahlrecht ist Menschenrecht“ – Der Kampf um demokratische Teilhabe vor 40 Jahren**

Durch die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 war es in Deutschland schon vor über 50 Jahren möglich, dass Migrant\*innen in den Betriebsrat oder Aufsichtsrat gewählt oder hauptamtliche Gewerkschafter\*innen werden. In diesen Funktionen konnten sie über Investitionen mitentscheiden oder Sozialpläne und Tarifverträge in Millionenhöhe aushandeln. Jedoch dürfen sie nicht darüber mitbestimmen, ob in ihrem Wohnviertel ein Papierkorb aufgestellt wird, sofern sie keine Deutsche – oder Bürger\*innen eines EU-Mitgliedsstaates – sind. Das ist ein anachronistisches Verständnis von Demokratie im Deutschland des 21. Jahrhundert!

Die Kampagne der IG Metall „Ein Mensch – eine Stimme. Wahlrecht ist Menschenrecht“ sollte helfen, diese Absurdität zu überwinden. Sie wurde 1986 gestartet und bis 1989 geführt, unterstützt von den Sozialdemokraten und den Grünen sowie von den Kirchen und zahlreichen progressiven Organisationen und Initiativen.

Ein Vergleich der damaligen Situation in Deutschland und in den Niederlanden zeigt die Bandbreite der politischen Einsichten in Westeuropa. Während der niederländische Premierminister Ruud Lubbers, ein Christdemokrat, im Frühjahr 1986 seine eingewanderten neuen Mitbürger\*innen in arabischer und türkischer Sprache bat, bei der bevorstehenden Kommunalwahl seine Partei zu wählen<sup>4</sup>, bekämpfte der damalige deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl, ebenfalls Christdemokrat, ein solches Ansinnen von Gewerkschaften, Sozialdemokraten und Grünen mit erbitterter Härte.<sup>5</sup>

Diese Kampagne zur politischen Partizipation der Migrant\*innen war innerhalb der konservativ orientierten Teile der Mitglieder und Funktionäre der IG Metall umstritten – und dennoch recht erfolgreich. In allen Bezirken gab es viele hunderte Aktionen in den Betrieben, Infostände, Demonstrationen und Kundgebungen in vielen Städten. Eine der größten Demonstrationen fand im Mai 1989 in Frankfurt mit über 15.000 Teilnehmer\*innen statt. Zugleich war diese Demonstration eine beeindruckende öffentliche Manifestation für ein kommunales Wahlrecht und der Auftakt zur 2. Bundesausländerkonferenz der IG Metall, die direkt nach Ende der Kundgebung eröffnet wurde.

## **Aus einer bitteren Niederlage erwächst eine neue Hoffnung – Modernisierung der Einbürgerungspraxis und „doppelte Staatsbürgerschaft“**

So hoffnungsvoll und ermutigend diese Kampagne begann, so abrupt wurde sie beendet. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat auf Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion das kommunale Wahlrecht für ausländische Bürger für verfassungswidrig erklärt. Damit wurden die Hoffnungen auf politische Mitbestimmung – wenigstens auf kommunaler Ebene – zunichte gemacht.

Nach diesem Urteil des BVerfG konnten Einwander\*innen nur dann politisch mitbestimmen, wenn sie sich vorher einem langwierigen Einbürgerungsverfahren unterwerfen. Eine Einbürgerung war damals nicht nur sehr langwierig, sondern auch teuer. Zudem lehnte Deutschland – im Gegensatz zu den meisten Ländern – die Hinnahme der mehrfachen Staatsangehörigkeit ab. Dieser Umstand war für viele einbürgerungswillige „Ausländer\*innen“ ein Hinderungsgrund für die Beantragung der deutschen Staatsbürgerschaft, da sie wirtschaftliche Nachteile beim Verlust der ursprünglichen Staatsangehörigkeit befürchteten.<sup>6</sup>

Die Absurdität dieser rechtlichen und politischen Praxis Deutschlands wird übertroffen durch doppelte Standards bei der Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft unter Hinnahme einer doppelten bzw. mehrfachen Staatsangehörigkeit.

Die amtlichen Statistiken listen mit deutscher Gründlichkeit den Anteil ausländischer Staatsangehöriger auf, die bei einer Einbürgerung ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft beibehalten dürfen. Im Jahr 2020 lebten in Deutschland rund 2,5 Millionen Bürger\*innen, die eine zweite Staatsangehörigkeit haben. Mittlerweile können wir davon ausgehen, dass 60 Prozent der Eingebürgerten weiterhin ihre alte Staatsangehörigkeit besitzen.<sup>7</sup>

## **Der Kampf um die (doppelte) Staatsangehörigkeit**

**Dass diese Praxis ganz offensichtlich eine Diskriminierung ist und in einer modernen Demokratie überwunden werden muss, erkannten auch viele Sozialdemokrat\*innen und die Anhänger\*innen der Grünen.** Deshalb wollte die rot-grüne Bundesregierung 1999 das Staatsbürgerschaftsrecht modernisieren und die Aufgabe der „angestammten“ Staatsangehörigkeit als Bedingung der Einbürgerung streichen.

Sozialdemokrat\*innen und Grüne machten jedoch einen Kardinalfehler: Sie übersahen die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Unterstützung für ein solches Vorhaben. Sie hatten es sträflich unterlassen, für dieses Vorhaben offensiv zu werben sowie Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche und menschenrechtliche Organisationen in die Vorbereitung und Umsetzung ihrer Pläne einzubeziehen und gegebenenfalls zu mobilisieren. Zudem hatten sie die angekündigte Kampagne der CDU/CSU – besonders der Hessen-CDU unter Roland Koch – gegen die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts ignoriert.

Die Kampagne der Konservativen wurde stark auf Migrant\*innen aus der Türkei fokussiert und teils mit rechtsnationalen und rassistischen Vorurteilen geführt.<sup>8</sup> Gerade das machte die Unterschriftenkampagne der CDU äußerst erfolgreich. Sie hatte bundesweit fast vier Millionen Unterschriften gesammelt und so die hessische Landtagswahl gewonnen. Diese Kampagne hatte jedoch eine nachhaltig gefährliche Wirkung, weil in ganz Deutschland „feine“ Damen und Herren aus der gehobenen Mittelschicht generell "gegen die Ausländer" bzw. „gegen die Türken unterschreiben" wollten.<sup>9</sup>

Der renommierte Historiker Ulrich Herbert kommentierte in einem Interview, dass die Konservativen offensichtlich verhindern wollten, „dass sich die Türken heimisch fühlten und blieben“.<sup>10</sup>

### **Die verpassten Chancen**

Wenn sich Politiker\*innen und Publizist\*innen heute über mangelnde Identifikation und fehlende Loyalität in Teilen der migrantischen Bevölkerung beklagen, dann hat die mangelnde Identifikation ihre Ursachen auch in dieser Verweigerung der Anerkennung und der politischen Teilhabe für Einwanderer\*innen. Die Kampagne gegen die politische Mitbestimmung und gegen die Zugehörigkeit zum politischen Leben durch eine moderne Einbürgerungspraxis war und ist Ausdruck der verweigerter Anerkennung der Einwanderer\*innen als gleiche und gleichwertige Menschen. Diese Praxis wurde als eine staatlich organisierte – oder zumindest tolerierte – Verletzung der Menschenwürde wahrgenommen.

Damit wurde eine große Chance vertan, die Inklusion zu fördern und gleichzeitig die partizipatorische und deliberative Demokratie zu stärken. Denn nur Menschen, die bei politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten, die sie betreffen, mitreden und mitentscheiden können, werden sich mit dem demokratischen Staat und seinen Institutionen identifizieren. Anders formuliert: **Nur wenn der Staat die Kernnormen der Demokratie – Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit – für alle gewährleistet, wenn Individuen, die dauerhaft in diesem Staatsgebilde leben, an demokratischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden, kann er von diesen erwarten, dass sie die demokratischen Institutionen aktiv unterstützen.**

### **Zweiter Anlauf zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts und Ausblick**

Heute, 40 Jahre nach den ersten Demonstrationen für das kommunale Wahlrecht und ein Vierteljahrhundert nach der Doppelpass-Kampagne der CDU/CSU, stehen wir vor den gleichen Problemen.<sup>11</sup> Die Ampelkoalition will nun ein modernes Einbürgerungsgesetz, einschließlich die Tolerierung einer Beibehaltung der „angestammten“ Staatsbürgerschaft, verabschieden. Wieder einmal ist die Bundesregierung aus SPD, Grüne und FDP dabei, die gleichen Fehler zu begehen. Die CDU in Hessen und die CSU in Bayern, die im

Herbst 2023 vor Landtagswahlen stehen, wittern schon Morgenluft und rüsten zur nächsten „Doppelpass-Kampagne“ auf. Einzelne Unionspolitiker\*innen haben bereits verkündet, dass sie die Pläne der Ampelkoalition bekämpfen werden. **Statt die Opposition mit erhobenem Zeigefinger vor einer populistischen Kampagne zu warnen, sollten die Regierungsparteien für ihr Projekt aktiv werben und versuchen, die zivilgesellschaftlichen Organisationen – die ja als Infrastruktur der Demokratie fungieren – für ihr Vorhaben zu gewinnen.**

Die Politik der Verweigerung von Anerkennung der migrantischen Bürger\*innen als Freie und Gleiche, der jahrzehntelangen Ausschlusses von politischer Teilhabe und somit der staatlich „geförderten“ Verletzung von Würde, ist gänzlich gescheitert. Schlimmer noch, sie hat – wenn auch vermutlich unbeabsichtigt – rassistische und rechts-identitäre Bewegungen salonfähig gemacht.

Die demokratische und soziale Gestaltung der (post-)migrantischen Gesellschaft wird eine demokratische Herausforderung bleiben, zumal die Prekarisierung und rassistische Segmentierung von Arbeits- und Lebenswelten weiterwachsen wird. Auch die Einwanderung wird aus demographischen Gründen zunehmen und überwiegend in Segmente des Arbeitsmarktes mit geringer Entlohnung, schlechten Arbeitsbedingungen sowie geringem Status- und Prestigewert erfolgen. Damit bleiben migrantische und von migrantischen und deutschen Beschäftigten gemeinsam geführte Kämpfe um faire Entlohnung, gleiche soziale Rechte, demokratische Teilhabe, Anerkennung und Würde auch in der Zukunft nicht nur sehr wahrscheinlich – sie sind aufgrund der mehrfachen Prekarisierung und „Diversität der Ausbeutung“<sup>12</sup> sogar notwendiger denn je.

Und: Gemeinsame soziale Kämpfe können einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der egalitären Demokratie und der solidarischen Teile der Gesellschaft leisten. Das ist die beste Antwort auf den rechtspopulistischen Nationalismus und Rassismus.

### Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Nach einer Studie von Martina Sauer im Auftrag der Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung scheinen Türkei stämmige Bürger\*innen eine genauso starke Verbundenheit mit Deutschland zu haben wie die autochthonen deutschen Bürger\*innen – wenn auch ihr emotionales Verhältnis zu Türkei und ihr Vertrauen in die türkischen Institutionen immer noch sehr stark sind. Vgl. Martina Sauer: 20 Jahre Mehrthemenbefragung. Integration und Partizipation türkeistämmiger Zugewanderter in Nordrhein-Westfalen 1999 bis 2019, Essen, im November 2020, S. 36 ff.
- <sup>2</sup> Auch unterprivilegierte und verarmte deutsche Haushalte sind Opfer von Klassismus und Sozialdarwinismus.

- <sup>3</sup> „No taxation without representation“ und „Steuern ohne Wahlrecht ist eine Tyrannei“, waren die bekanntesten Losungen der nordamerikanischen Revolte gegen die Britische Krone und der Amerikanischen Revolution. Siehe auch den Aufsatz „Steuerpflichtig, aber ohne Stimmrecht“ von Horst Kahrs unter: <https://www.rosalux.de/news/id/50260/steuerpflichtig-aber-ohne-stimmrecht>
- <sup>4</sup> In den Niederlanden wurde 1984 das kommunale Wahlrecht beschlossen. Rotterdam, die zweitgrößte Stadt der Niederlande, wird seit 2008 von einem Bürgermeister mit marokkanischen Wurzeln regiert.
- <sup>5</sup> Je selbstbewusster Migrant\*innen in der Öffentlichkeit ihre Gleichheitsansprüche artikulierten, desto ablehnender und feindseliger wurden die Reaktionen in Teilen der Mehrheitsgesellschaft. Vgl. hierzu El-Mafaalani, Aladin: Das Integrationsparadox, Köln 2018.
- <sup>6</sup> Die Nachteile beim Erwerb oder Verkauf von Eigentum in zahlreichen Regionen sowie bei Erbangelegenheiten waren bzw. sind immer noch enorm.
- <sup>7</sup> Vgl. die Übersicht der Bundeszentrale für politische Bildung unter: <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/laenderprofile/deutschland/254191/doppelte-staatsangehoerigkeit-in-deutschland-zahlen-und-fakten/>. vgl. auch: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/654839/umfrage/deutsche-staatsbuerger-mit-zweiter-staatsangehoerigkeit-in-deutschland-nach-herkunftslaendern/>
- <sup>8</sup> Deshalb hat heute nur ein vergleichsweise geringerer Anteil der Türkei stämmigen Migrant\*innen eine doppelte Staatsbürgerschaft. Für aussagekräftige Statistiken siehe: <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/laenderprofile/deutschland/254191/doppelte-staatsangehoerigkeit-in-deutschland-zahlen-und-fakten/>.
- <sup>9</sup> Ich verweise auf die Panorama-Sendung „Wo kann man hier gegen Ausländer unterschreiben“ des NDR: <https://youtube.com/watch?v=qNqk8fzguo&feature=share8>. Erschreckend ist, dass CDU-Funktionäre und Wähler\*innen ungeniert rassistische Äußerungen machen und bekannte NPD-Parolen von sich geben.
- <sup>10</sup> In der Neuen Zürcher Zeitung vom 10. September 2021.
- <sup>11</sup> Erschwerend kommt hinzu, dass in Deutschland ca. zehn Millionen Menschen dauerhaft leben, die verpflichtet sind, Steuern zu zahlen und den Sozialstaat mit ihren Beiträgen zu finanzieren, jedoch kein Wahlrecht haben.
- <sup>12</sup> Vgl. dazu Mendivil, Eleonora Roldan/Bafta Sarbo (Hg.): Die Diversität der Ausbeutung. Zur Kritik des herrschenden Antirassismus, Berlin 2022 sowie Birke, Peter: Grenzen aus Glas. Arbeit, Rassismus und Kämpfe der Migration in Deutschland, Wien 2022.

**Folgendes Material kann in der Geschäftsstelle abgeholt/bestellt werden:**

- // Broschüre des „Düsseldorfer Bündnisses für eine gerechte Gesellschaft – sozial und ökologisch!“ In der gerade erschienenen Broschüre stellt sich das Bündnis, in dem die GEW Düsseldorf Mitglied ist, vor und beschreibt seine Ziele, Aktionen und Veranstaltungen.
- // Broschüre: Arbeitsbedingungen als Ausdruck gesellschaftlicher Anerkennung Sozialer Arbeit
- // Broschüre: Das kleine ABC des TVöD
- // Broschüre: Das kleine ABC für den Sozial- und Erziehungsdienst
- // Broschüre: Studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte an Hochschulen
- // Flyer: Argumente gegen Anwesenheitspflicht

Broschüren und Flyer zu vielen weiteren Themen sowie Restexemplare der Stadtverbandszeitung sind weiterhin auf Lager. Bitte erkundige dich bei Bedarf in der Geschäftsstelle.

**Newsletter der GEW NRW**

Bleib informiert – abonniere die Newsletter der GEW NRW! Es gibt derzeit drei verschiedene: Newsletter: wöchentliche allgemeine Informationen  
Schulpost: Infos an die Schulen  
Presse: alle Pressemitteilungen  
Um einen oder mehrere Newsletter zu abonnieren, geh auf die Seite <https://www.gew-nrw.de/newsletteranmeldung>  
Alternativ geh auf [www.gew-nrw.de](http://www.gew-nrw.de) und scroll ganz nach unten. Dort kannst du direkt deine Mailadresse eintragen.



**Schick uns eine Mail!**

Wir verschicken aktuelle Informationen und Veranstaltungshinweise per Mail an unsere Mitglieder. Diejenigen, die uns noch keine Mailadresse zur Verfügung gestellt haben oder deren Mailadresse sich geändert hat, gehen leider leer aus. Das lässt sich ändern...  
Schick uns eine Mail an [geschaeftsstelle@gew-duesseldorf.de](mailto:geschaeftsstelle@gew-duesseldorf.de)



# PERSONALRÄTINNEN UND PERSONALRÄTE

## **Örtlicher Personalrat Grundschule**

### **Büro**

Blumenthalstr. 11, 40476 (Derendorf)

+49 211 8924687

Sprechzeiten per Mail oder telefonisch erfragen!

monika.maraun@duesseldorf.de

### **Monika Maraun**

KGS Paulusschule

+49 172 2149755 • moni.maraun@web.de

### **Holger Thrien**

GGs Gerhard-Tersteegen-Schule, Beckbuschstr.

+49 2102 717772 • holger.thrien@gew-nrw.de

### **Ines Loßner**

GGs Theodor-Heuss, Lützenkircher Str.

+49 157 58476785 • ines.lossner@gew-nrw.de

### **Maria Varriale**

KGS Thomas-Schule, Blumenthalstr.

+49 1590 3024121 • varriale@gmx.de

### **Astrid Zörner**

KGS Fleher Straße

+49 178 8633716 • astrid.zoerner@gew-nrw.de

### **Catharina Wolff**

KGS Paulusschule

+49 211 667608 • catharina.wolff@schule.duesseldorf.de

### **Ulrich Gosebruch**

GGs Knittkuhl

+49 1759497300 • ulrichgosebruch@web.de

### **Sandro Monachello**

KGS Christophorus-Schule, Werstener Friedhofstr.

+49 211 2495943 • sandro.monachello@gew-nrw.de

### **Andrea Gellert**

GGs Knittkuhl

ZfsL Düsseldorf

+49 1577 3897456 • andrea.gellert@gew-nrw.de

## **Bezirkspersonalrat Hauptschule**

### **Patricia Ollesch**

Städt. Gemeinschaftshauptschule Bernburger Str.

+49 211 346882 • pollesch@gmx.de

## **Bezirkspersonalrat Realschule**

### **Andreas Dietrich (BPR)**

Städt. Realschule Golzheim

+49 645 27631 • andreasdietrich86@web.de

## **Bezirkspersonalrat**

### **Gymnasium & Weiterbildungskolleg**

#### **Hanna Tuszyński**

Städtisches Gymnasium Gerresheim, Düsseldorf

+49 211 87525881 • hanna.tuszynski@gew-nrw.de

## **Bezirkspersonalrat Gesamtschule**

### **Gabriella Lorusso**

Städtische Gesamtschule Stettiner Str., Düsseldorf

+49 173 2744416 • gabriella.lorusso@gew-nrw.de

### **Regina Köhler**

Städtische Gesamtschule Stettiner Str., Düsseldorf

+49 211 9337369 • regina.koehler@gew-nrw.de

## **Bezirkspersonalrat Förderschule**

### **Nicole Kaspar**

Alfred-Herrhausen-Schule, Düsseldorf

+49 211 46872458 • nicolekaspar1@alice-dsl.net

### **Daniela Drecker**

Franz-Marc-Schule, Düsseldorf

+49 211 69167622 • daniela.drecker.gew@gmx.de

## **Bezirkspersonalrat Berufskolleg**

### **Marei Heinke**

Elly-Heuss-Knapp-Schule, Düsseldorf

+49 211 98592689 • marei.heinke@gew-nrw.de

## **Hauptpersonalrat Berufskolleg**

### **Sebastian Krebs**

Lore-Lorenz-BK, Düsseldorf

+49 211 9348888 • sebastian.krebs@gew-nrw.de

### **GEW Aktiv: JETZT ERST RECHT**

im Neusser Zeughaus, 18.8.23: Ministerin Feller bekommt von der Vorsitzenden der GEW-NRW Ayla Celik den Bauplan für gute Bildung überreicht  
(s. Bericht S.14 und Link zur PM der GEW NRW: <https://t1p.de/jupcw>)

- /// **Eine Initiative Fachkräftesicherung**
- /// **Sofortige Entlastungen**
- /// **Faire Bezahlung**
- /// **Ungleiches ungleich behandeln – echter Sozialindex**
- /// **Gute Rahmenbedingungen**
- /// **Mehr Geld für Bildung**

